

FÜR BRANDENBURG

HALBZEITBILANZ EINER STARKEN OPPOSITION

CDU-FRAKTION
IM LANDTAG BRANDENBURG



GRUSSWORT



SASKIA LUDWIG
CDU-Fraktionsvorsitzende



INGO SENFTLEBEN
Parlamentarischer Geschäftsführer

Liebe Brandenburger,

die letzten Landtagswahlen in Brandenburg liegen nunmehr gut zwei Jahre hinter uns. Die 5. Legislaturperiode ist damit fast zur Hälfte vorüber und es ist deshalb ein guter Zeitpunkt, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Natürlich ist es der Wunsch und das Ziel einer jeden Partei, ihren gestalterischen Anspruch aus einer regierenden Position heraus umzusetzen. Es war daher auch nicht sehr verwunderlich, dass sich die märkische Union ein besseres Abschneiden bei der letzten Wahl gewünscht hätte. Im Kern jeder Niederlage steckt jedoch auch ein Saatkorn des Erfolgs. Wir haben uns des neuen Auftrags angenommen, wir haben die Chance verstanden und wir haben der Opposition im Land Brandenburg eine völlig neue Kraft gegeben.

Zu einer funktionierenden Demokratie gehört zwingend eine funktionierende Opposition und erstes Qualitätsmerkmal darf dabei nicht sein, dass die Opposition der Landesregierung gefällt. Als Gegenpol zu den regierenden Parteien haben wir im Kern zwei Aufgaben zu erfüllen. Zum einen müssen wir auf Fehler und Verfehlungen der Entscheidungsträger aufmerksam machen und zum anderen über inhaltliche Vorschläge, Konzeptionen und Ideen aktiv an der Gestaltung der Zukunft des Landes teilnehmen. Ersteres wird meistens von den Medien begleitet und findet daher eine große öffentliche Wahrnehmung. Der zweite Teil findet trotz seiner großen Bedeutung für das Land oftmals weniger öffentliche Beachtung, dennoch nehmen wir Anregungen, Ideen und Informationen gerne auf. Denn als Opposition sind wir der erste Ansprechpartner für kritische Bürgerfragen. Die vorliegende Bilanz soll Ihnen daher als Übersicht unserer inhaltlichen Arbeit dienen und näher beleuchten, mit welchen Instrumenten der parlamentarischen Arbeit wir zum Wohl des Landes beitragen.

Viele wichtige Initiativen haben wir gemeinsam mit Ihnen umgesetzt. Dafür gilt Ihnen unser herzlichster Dank und das Versprechen, auch weiterhin für Sie am Ball zu bleiben.

ÜBERSICHT DER ARBEITSWEISE

19 Abgeordnete decken das gesamte fachliche Spektrum der Landespolitik ab. Sie werden dabei von acht Fachreferenten in der inhaltlichen Arbeit unterstützt. Um in allen Bereichen der Landespolitik kompetent arbeiten zu können, haben wir in unserer Fraktion insgesamt drei Arbeitskreise gebildet. Hier werden zu den einzelnen Sachgebieten entsprechende Anfragen, Anträge oder Gesetzentwürfe vorbereitet. Die gesamte Fraktion berät dann abschließend zu den einzelnen Initiativen, um diese dann in das Parlament einzubringen.

INSTRUMENTE ZUR OPPOSITIONELLEN GESTALTUNG

ANFRAGEN

Anfragen an die Landesregierung stellen die Basis einer Kontrolle der Exekutive durch das Parlament dar. Durch dieses Mittel können wir uns ein detailliertes Bild über die Maßnahmen und Aktivitäten der Regierung verschaffen und Begründungen für ihr Handeln einfordern. Je nach Umfang und Frist zur Beantwortung unterscheidet man Kleine, Große, Mündliche und Dringliche Anfragen. In unseren Augen gibt es viele Fragen, die von der Landesregierung Brandenburg zu beantworten sind. Auch auf die Gefahr hin, dass wir sie damit nerven.

ANTRÄGE

Das Parlament kann mit einem Mehrheitsbeschluss klare Aufgaben an die Landesregierung vergeben, beispielsweise den Auftrag, ein Gesetz zu ändern. Um solche Aufträge an die Regierung zu erwirken, müssen die einzelnen Fraktionen Anträge einreichen. Im Parlament wird dann über die Anträge diskutiert und abgestimmt.

GESETZENTWÜRFE

Wenn Gesetze nicht nur verbessert werden müssen, sondern es komplett an einer gesetzlichen Regelung zu einem Thema fehlt, versuchen wir, mit einem Gesetzentwurf diese Lücke zu schließen.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Im Oktober 2010 wurde hauptsächlich auf Initiative der CDU-Fraktion der Untersuchungsausschuss zur „Aufklärung von möglichen Versäumnissen und Fehlern bei Verkäufen landeseigener Grundstücke und landeseigener Unternehmen zum Schaden des Landes Brandenburg und der Aufklärung der Verantwortung der Brandenburger Landesregierungen hierfür“ (Untersuchungsausschuss zur BBG- und Immobilienaffäre) eingerichtet.

ENQUETE-KOMMISSION

Derzeit tagen zwei Enquete-Kommissionen im Landtag Brandenburg, beide wurden maßgeblich durch Abgeordnete der CDU-Fraktion initiiert. Zum einen wurde die Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ im März 2010 eingesetzt. Zum anderen wurde, ebenfalls auf Vorschlag der CDU-Fraktion hin, im März 2011 eine Enquete-Kommission zum Thema „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ vom Landtag eingerichtet.

Neben bisher fast 1000 Anfragen in der 5. Legislaturperiode unterstützen wir die Regierung außerdem mit über 200 Anträgen und 11 Gesetzentwürfen bei ihrer Arbeit.

UNSERE PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN VON 2009–2011:

792 Kleine Anfragen

170 Mündliche Anfragen

104 Anträge

56 Änderungsanträge

29 Entschließungsanträge

19 Anträge mit Wahlvorschlag ✓ | ✗

16 Dringliche Anfragen

§ 11 Gesetzentwürfe

8 GROSSE Anfragen

Stand: 30.09.2011

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge unserer parlamentarischen Arbeit, inklusive der Reaktion der rot-roten Regierung und dem weiteren Verlauf unserer Vorschläge. Nicht selten konnten wir feststellen, dass (erwartungsgemäß) unsere Anträge in der ersten Instanz gescheitert sind, aber dann in eigenen Anträgen der Landesregierung umgesetzt, aber oft wenig später doch als Initiative der Landesregierung aufgegriffen wurde – was beweist, dass unsere Arbeit alles andere als umsonst ist. Sämtliche Anträge, Anfragen und Entwürfe können unter Eingabe des Stichwortes oder der jeweiligen Ducksache (Drs.) in der Parlamentsdokumentation Brandenburg unter www.parl-dok.brandenburg.de eingesehen und herunter geladen werden.

ARBEITSKREIS I

Im Arbeitskreis I der CDU-Fraktion werden die folgenden Themen verfolgt und entsprechende parlamentarische Initiativen erarbeitet:

- Energie
- Finanzen
- Infrastruktur
- Verkehr
- Wirtschaft



**DIERK
HOMEYER**

Leiter des
Arbeitskreises I,
Sprecher für
Wirtschaftspolitik

www.dierk-homeyer.de

Kontakt:

Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel: 0331 966-1409

Fax: 0331 966-1407

dierk.homeyer@cdu-fraktion.brandenburg.de



Fachgespräch im Europarc Dreilinden in Kleinmachnow mit Vertretern der Europarc GmbH, der NETFOX AG sowie der eBay International AG im Februar 2010



Besuch vor Ort in dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) im Mai 2010



**FRANK
BOMMERT**

Sprecher für
Mittelstands- und
Handwerkspolitik

www.frank-bommert.de



**STEEVEN
BRETZ**

Sprecher für
Energiepolitik

www.steeven-bretz.de



**RAINER
GENILKE**

Sprecher für
Infrastruktur- und
Verkehrspolitik

www.rainer-genilke.de



**LUDWIG
BURKARDT**

Sprecher für
Finanzen und
Kommunal Finanzen

www.ludwigburkardt.de



Abgeordnete des Arbeitskreises in dem Industriepark „Schwarze Pumpe“ im April 2010

BEREICH: FINANZEN

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
10.2009	Im Rahmen der Sondierungsgespräche nach den Landtagswahlen 2009 forderten wir einen Stop, der Neuverschuldung bis spätestens 2014.	Ministerpräsident Platzeck wies dies als „unseriös“ zurück.
01.2010	Dem Antrag der CDU zur Einführung einer Schuldenbremse (Drs. 5/437) folgte ein gemeinsamer Gesetzentwurf mit der FDP und den GRÜNEN (Drs. 5/2045) im September 2010.	Sowohl der Antrag als auch der Gesetzentwurf wurden von Rot-Rot abgelehnt.
03.2010	Ein detaillierter Grundsatzantrag (Drs. 5/623) zur Senkung der Neuverschuldung um 200 Mio. € mit der Aufführung von konkreten Einsparungspotenzialen wurde vorgelegt.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
10.2010	Antrag von 28 Oppositions-Abgeordneten (Drs. 5/2100), einen Untersuchungsausschuss zur BBG- und Immobilienaffäre einzusetzen.	Der Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt, Platzeck erklärte aber, dass er keinen Schaden für das Land sehe.
12.2010	Entwurf zu einem Transparenzgesetz (Drs. 5/2226) mit dem Ziel der Offenlegung von Gehältern in öffentlichen Unternehmen vorgelegt.	Der Entwurf wurde von Rot-Rot abgelehnt.
12.2010	Einreichen eines Änderungsantrags zum Finanzausgleichsgesetz (Drs. 5/2543) nach einem Gutachten über die Belastung durch übertragene Aufgaben.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
03.2011	Antrag „Transparenz bei Lobbyarbeit – Ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Brandenburg!“ (Drs. 5/2936) eingebracht.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
06.2011	Mit einem Antrag versuchten wir, mehr Transparenz bei externen Beratern (Drs. 5/3369) in der Landespolitik herzustellen.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

BEREICH: VERKEHR/INFRASTRUKTUR

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
10.2010	Frühzeitig und klar positionierten wir uns zu den Flugrouten des BER im „Rangsdorfer Beschluss“, einhergehend mit der Betonung, der notwendigen Berücksichtigung der Bürgerinitiativen.	Die Landesregierung blieb sprachlos.
01.2011	Auf Initiative der CDU wurde die Sanierung der Avus im Verkehrsausschuss thematisiert.	Minister Vogelsänger wurde daraufhin aktiv.
03.2011	Aktuelle Stunde (Drs. 5/2906) im Landtag zum Thema „Straßen in Brandenburg nach dem Winter – schnell sanieren und reparieren“ plus Entschließungsantrag (Drs. 5/2939) „Netzbezogene Strategie zur Erhaltung und Sanierung der Landesstraßen“.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

UMSETZUNG/FOLGE

Heute steht genau dieses Ziel in der mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung.



Rot-Rot hat bis heute keine eigene Initiative vorgelegt und sieht auch keinen Handlungsbedarf.



Die Neuverschuldung ist im Jahresabschluss 2010 trotzdem deutlich geringer ausgefallen. Es erfolgten dabei gerade an den von uns benannten Ausgaben Einsparungen.



Die Landesregierung zeigt bis heute kein wirkliches Interesse an einer Aufklärung der Umstände der Immobilienverkäufe. Die Zusammenarbeit mit einer zwielichtigen BBG läuft weiter. Mittlerweile versuchte man, den Verkauf der Krampnitzkaserne rückabzuwickeln.



Die Begründungen für die Ablehnung waren fadenscheinig, ein Fachausschuss sollte auch nicht darüber beraten. Am 31.08.2011 brachten wir den Gesetzentwurf mit leichten Modifizierungen zum zweiten Mal ein. Es folgte eine erneute Ablehnung, ebenfalls ohne Beratung in einem Fachausschuss.



Die Koalition hat das Anliegen im Anschluss zwar aufgegriffen, das Thema aber erstmal um mehr als ein Jahr auf die lange Bank geschoben. Weitere Entwicklungen bleiben ungewiss.



Rot-Rot hat die Initiative dennoch aufgegriffen, mit geringfügigen Änderungen als eigenen Antrag ins Plenum eingebracht und diesem mehrheitlich zugestimmt.



Wir werden mit Kleinen Anfragen an die Landesregierung an diesem Thema dran bleiben.



UMSETZUNG/FOLGE

Anhaltend unklare und lavierende Haltung der Landesregierung.



Das Baumanagement wurde verbessert und es wurde eine zweispurige Nutzung der Avus während der Baumaßnahmen vereinbart.



Die Landesregierung sieht auch weiterhin keine Notwendigkeit zur schnellen Sanierung von Winterschäden.



BEREICH: VERKEHR/INFRASTRUKTUR

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
03.2011	Unterstützung der Forderung des Bauindustrieverbandes, die Binnenschifffahrt in den ostdeutschen Bundesländern nicht abzukoppeln und die Wasserstraßen als Transportwege der Zukunft auszubauen.	Die Forderungen fanden Gehör. Auch die Landesregierung folgt nun den Argumenten der Verbände.
03.2011	Antrag für eine nachhaltige Breitbandversorgung (Drs. 5/2937), begleitet von einer Großen Anfrage „Breitbandversorgung im Land Brandenburg“ (Drs. 5/2715) und zahlreichen Kleinen Anfragen zu dieser Thematik. Unsere zentralen Forderungen waren die Aufgabe des VHF-Funkprojektes der Landesregierung und die Einrichtung eines Breitbandkompetenzzentrums.	Ministerpräsident Platzeck kündigte im Dezember 2008 an, er wolle „weiße Flecken bis Ende 2009 beseitigen“. Daraus wurde nichts und der Antrag von Rot-Rot trotzdem abgelehnt.
05.2011	Mehrere Anfragen an die Landesregierung zur Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau wurden gestellt.	Ministerpräsident Platzeck hat sich daraufhin auch für „optimalen Lärmschutz“ ausgesprochen.
09.2011	Einreichen des Antrags im Landtag zur fairen Beteiligung aller vom Fluglärm betroffenen Kommunen in der Fluglärmkommission (Drs. 5/3844).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

BEREICH: WIRTSCHAFT

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
02.2010	Dem Antrag „Das Ergebnis der Evaluation der Regionalen Wachstumskerne (RWK) gerecht bewerten – den Evaluationsprozess verstetigen“ wurde zugestimmt (Drs. 5/446).	Der Antrag wurde gemeinsam mit SPD und LINKE eingereicht.
06.2010	Gesetzentwurf zur Förderung des Mittelstandes eingebracht. (Drs. 5/1441)	Gesetzentwurf von Rot-Rot abgelehnt.
06.2010	Der Antrag zur Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide wurde gestellt (Drs. 5/1479).	Unser Antrag wurde von Rot-Rot angenommen.
01.2011	Antrag der CDU-Fraktion zur Gestaltung eines Zukunftskonzepts für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg (Drs. 5/2659).	Rot-Rot sah anfangs keine Notwendigkeit für dieses Thema, stimmte aber einer Überweisung an den Fachausschuss zu.
03.2011	Entschließungsantrag zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes (Drs. 5/2980) bestellt.	Entschließungsantrag wurde abgelehnt.
07.2011	Auf einer gemeinsamen Fraktionsklausur der CDU Sachsen und Brandenburg in Cottbus wurde das Positionspapier „Die Lausitz: Zukunftsregion für Sachsen und Brandenburg“ verabschiedet. Inhaltliche Schwerpunkte waren dabei unter anderem ein Bekenntnis zur Braunkohle als heimischer Energieträger.	Die Landesregierung hat bisher weder ein konkretes Konzept für die Zukunft der Lausitz noch eine klare Position zur Braunkohleverstromung.

UMSETZUNG/FOLGE

Gegen eine geplante Neuordnung der Binnenschifffahrt durch den Bund soll vorgegangen werden.



Mittlerweile hat die Staatskanzlei das Funkprojekt doch aufgegeben und das Wirtschaftsministerium prüft die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle. Es wird auch höchste Zeit, laut Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums liegt Brandenburg beim Breitbandausbau bundesweit auf dem letzten Platz.



Maßnahmen zur Umsetzung eines „optimalen Lärmschutzes“ seitens der Landesregierung lassen auf sich warten.



Fast gleichzeitig folgt Minister Vogelsänger unserem Antrag und beruft Neuenhagen, Märkisch-Oderland und Nuthetal in die Fluglärmkommission. Ein Erfolg des Drucks der CDU.



UMSETZUNG/FOLGE

Der Antrag wurde erwartungsgemäß angenommen.



Das neue Vergabegesetz mit Mindestlohn von Rot-Rot ist das Gegenteil von Förderung des Mittelstands.



Der Ministerpräsident setzte sich dann plötzlich für eine bestehende Initiative in der Uckermark ein und unterstützte diese medienwirksam mit 4.000 €. Am 14.09.2011 verkündete auch Minister Baaske, sich nun stärker um die Fernpendler bemühen zu wollen, die in Brandenburg wohnen, aber anderswo arbeiten. Ein wirkliches Gesamtkonzept fehlt allerdings nach wie vor.



Trotz der Ablehnung hat das Ministerium für Solziales, Frauen und Familie die Vorschläge aufgegriffen und Gespräche mit der Stadt Potsdam geführt, um die Probleme der Ladenbesitzer in touristischen Vierteln zu beheben.



Mal will man das Thema der Wirtschaft überlassen, mal positioniert sich die Landesregierung zur Braunkohle. Die Zukunft der Lausitz bleibt jedenfalls offen.



ARBEITSKREIS II

Im Arbeitskreis II der CDU-Fraktion werden die folgenden Themen verfolgt und entsprechende parlamentarische Initiativen erarbeitet:

- Arbeit
- Bildung
- Familie
- Gesundheit
- Kultur
- Soziales
- Wissenschaft



**ROSWITHA
SCHIER**

Leiterin des
Arbeitskreises II,
Sprecherin für
Arbeitsmarktpolitik

www.cdu-luebbenau.de

Kontakt:

Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel: 0331 966-1410

Fax: 0331 966-1407

roswitha.schier@cdu-fraktion.brandenburg.de



Prof. Dr. Hildebrand (Uni Oldenburg), der Abgeordnete Gordon Hoffmann und Brandenburgs Behindertenbeauftragter, Jürgen Dusel, auf dem Förderschulkongress zum Thema „Inklusion“ im September 2011



Mitglieder des AK II auf Kulturreise in Cottbus im April 2010



**BEATE
BLECHINGER**

Sprecherin für
Sozialpolitik
Kirchenbeauftragte

www.beate-blechinger.de



**ANJA
HEINRICH**

Sprecherin für
Kulturpolitik

www.anja-heinrich.eu



**GORDON
HOFFMANN**

Sprecher für Bildungs-
und Jugendpolitik

www.gordon-hoffmann.de



**PROF. DR.
MICHAEL
SCHIERACK**

Sprecher für
Gesundheits- und
Wissenschaftspolitik

www.michaelschierack.de



**MONIKA
SCHULZ-
HÖPFNER**

Sprecherin für
Familien-, Frauen- und
Seniorenpolitik

www.monikaschulz.de



Abgeordnete des Arbeitskreises II mit der 1. Vorsitzenden des Sozial-Therapeutischen Institutes Berlin-Brandenburg STIBB e.V., Annelie Dunand

BEREICH: ARBEIT

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
04.2010	Antrag zur Veränderung der Struktur der Landesagentur für Struktur und Arbeit mit dem Ziel, die Anzahl der Geschäftsführerposten zu kürzen (Drs. 5/809).	Der Antrag wurde abgelehnt, da angeblich alles wie im Antrag schon geplant gewesen sei.
03.2011	Antrag zur Verbesserung der Fachkräftesituation – die Landesregierung sollte aufgefordert werden, ein Konzept zur Lösung des zukünftigen Fachkräftemangels vorzulegen (Drs. 5/2935).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
04.2011	Einreichen des Antrags zur Neuausrichtung des Arbeitsmarktprogrammes (Drs. 5/3181).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
06.2011	In einem umfassenden Diskussionspapier „Brandenburg – Arbeitsplatz der Zukunft“ unterbreitet die CDU-Fraktion Vorschläge, um dem zukünftig steigenden Arbeitskräftebedarf in Brandenburg zu begegnen. Einige Themen sind dabei Senioren, Zuwanderung, Aktivierung und Qualifizierung von Arbeitsuchenden.	Die Landesregierung hat bislang noch keine Vorschläge auf den Tisch gelegt.

BEREICH: BILDUNG

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
12.2009	Antrag (Drs. 5/117) zum bedarfsgerechten Ausbau der Leistungs- und Begabungsklassen eingereicht.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
12.2009	Einreichen des Antrags zur „Besseren Vermittlung der DDR-Geschichte im Unterricht“ (Drs. 5/118).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
08.2010	Vorstellen des Bildungspakets als Positionspapier „Bildungsqualität für Brandenburg“ mit konkreten Maßnahmen.	Keine.
01.2011	Antrag mit der FDP zum Thema „Schulvielfalt erhalten – keine einseitige Kürzung bei Schulen in freier Trägerschaft“ (Drs. 5/2664) gestellt.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
04.2011	Einreichen des Antrags für „Deutschlandabitur schafft Transparenz, Vergleichbarkeit und Mobilität“ (Drs. 5/3038).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
05.2011	Konzept PRO Förderschule als Gegenentwurf zur von Rot-Rot geplanten Abschaffung aller Förderschulen bis 2019.	Rot-Rot nimmt zunehmend Abstand von den eigenen Plänen.

UMSETZUNG/FOLGE

Inzwischen gibt es tatsächlich nur noch einen Geschäftsführer.



Wie gefordert, wurde im Juni ein Bericht über die Fachkräftesituation vorgelegt, ein Konzept für die Zukunft fehlt dennoch.



Ein gestrafftes Programm wurde trotzdem vorgelegt.



Obwohl es eine aktuelle Fachkräftestudie gibt, die klar benennt, dass bis 2030 in Berlin und Brandenburg bis zu 460.000 Arbeitskräfte fehlen werden, bleibt die Landesregierung jeden Lösungsansatz schuldig.



UMSETZUNG/FOLGE

Bis heute keine Veränderungen.



Ab dem Schuljahr 2010/2011 wurden jedoch neue Rahmenlehrpläne mit deutlich stärkerem Fokus auf das Thema DDR-Geschichte vorgelegt.



Rot-Rot hat außer dem Schülerbafög und der angekündigten Abschaffung der Förderschulen keine eigenen Vorschläge unterbreitet.



Nach Demonstrationen und der Übergabe tausender Unterschriften durch eine Bürgerinitiative kündigte die Landesregierung an, vielleicht doch über geringere Kürzungen nachzudenken.



Auf Bundesebene soll das Deutschland-Abitur jetzt als Ziel der CDU verankert werden.



Der Ausgang bleibt trotzdem völlig offen.



BEREICH: GESUNDHEIT

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
01.2010	Antrag zur Regelung der klinischen Ausbildungstätigkeit für Medizinstudenten – Ziel war es, per Staatsvertrag zu ermöglichen, dass Studenten aus Berlin ihre klinischen Ausbildungsanteile in Brandenburg absolvieren können (Drs. 5/283).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

BEREICH: KINDERSCHUTZ

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
12.2009	Antrag zur Vorlage eines Landeskinderschutzgesetzes (Drs. 5/120) gestellt.	Der Antrag wurde von Rot-Rot durch den Antrag „Instrumente und Vorschriften zur Kinderge-sundheit und zum Kinderschutz evaluieren und sachgerecht weiterentwickeln“ ersetzt.

BEREICH: SOZIALES

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
03.2010	Antrag zur Schaffung eines Freiwilligen Sozialen Jahres in der Politik (Drs. 5/622), orientiert am Beispiel anderer Bundesländer.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
02.2011	Antrag zur Verbesserung der Transparenz von Unternehmen, Institutionen, Verbänden und Vereinen im Sozialbereich (Drs. 5/2809).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
11.2010	Gemeinsamer Antrag mit B90/GRÜNE zur Prüfung der Fest-schreibung der Altenpflegeumlage (Drs. 5/227) wurde gestellt.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

BEREICH: WISSENSCHAFT

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
11.2009	Einreichen des Antrags zur Ansiedlung eines Forschungsinstituts zur nachhaltigen Ressourcennutzung im Land Brandenburg (Drs. 5/39).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
02.2010	Antrag zur Einführung eines Stipendiensystems für Medizinstu-denten (Drs. 5/440) gestellt.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

UMSETZUNG/FOLGE

Die Debatte bildete jedoch den Auftakt zur Wiederbelebung der Kontakte und Gespräche zwischen Berlin und Brandenburg.



UMSETZUNG/FOLGE

Zur Vorlage des Berichtes kam es im Juni 2011. Die Ergebnisse waren nicht befriedigend und die Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung ist nach wie vor gegeben.



UMSETZUNG/FOLGE

Ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Politik ist in Brandenburg nach wie vor nicht möglich.



Dies sei nicht notwendig, stattdessen soll ein Ehrenkodex vereinbart werden.



Im Mai 2011 stellte Rot-Rot einen Antrag (Drs. 5/3180), der genau dieses Thema aufgreift.



UMSETZUNG/FOLGE

Die Landesregierung blieb untätig und das Forschungsinstitut siedelte sich in Sachsen an.



Der Landkreis Elbe-Elster hat dieses Projekt dann selbstständig umgesetzt. Eine landesweite Regelung fehlt dennoch.



ARBEITSKREIS III

Im Arbeitskreis III der CDU-Fraktion werden die folgenden Themen verfolgt und entsprechende parlamentarische Initiativen erarbeitet:

- Europa
- Innen
- Ländlicher Raum
- Landwirtschaft
- Recht
- Verbraucherschutz



**HENRYK
WICHMANN**

Leiter des
Arbeitskreises III,
Sprecher für
Verbraucherschutz

www.henryk-wichmann.de

Kontakt:

Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel: 0331 966-1418

Fax: 0331 966-1407

henryk.wichmann@cdu-fraktion.brandenburg.de



Der AK III im Fachgespräch zum Thema „Befahrbarkeit der Uckerseenverbindung für den Bootsverkehr“ in Prenzlau im April 2011



Gemeinsam unterwegs in Gransee, Mai 2010



**DIETER
DOMBROWSKI**

Sprecher für
Landwirtschafts-
und Umweltpolitik

www.dieter-dombrowski.de



**DANNY
EICHELBAUM**

Sprecher für
Rechtspolitik

www.danny-eichelbaum.de



**BJÖRN LAKEN-
MACHER**

Sprecher für den
ländlichen Raum,
Demographie und
Bürokratieabbau

www.bjoernlakenmacher.de



**SVEN
PETKE**

Sprecher für Innen-
und Sportpolitik

www.sven-petke.de



**BARBARA
RICHSTEIN**

Sprecherin für Europa-
und Medienpolitik

www.barbararichstein.de



Abgeordnete des AK III vor Ort im Gespräch mit dem Revierförster der Stadtförstverwaltung Templin (Uckermark) im April 2011

BEREICH: INNEN UND RECHT

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
seit 12.2009	Anfragen, Initiativen und Aufforderungen zur Stasi-Überprüfung bei der Polizei und in der Justiz in Brandenburg wurden verlangt (u.a. Drs. 5/3762, 5/3257, 5/3358).	Lange Verweigerungshaltung der Landesregierung, gefolgt von mehreren Enthüllungen in den Medien.
01.2010	Einreichen des Antrags zur Schaffung von „Rechtsfrieden für die Dauernutzer von Wochenendhäusern“ (Drs. 5/285).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
08.2010	Vorstellung des eigenen Konzepts „Sicher Leben in Brandenburg“ mit dem Ziel des Erhalts der Polizeiwachen.	Innenminister Woidke ist immer mehr vom ursprünglichen Konzept der umfassenden Wachenschließungen abgegangen.
01.2011	Die Einsetzung einer Enquetekommission zur Verwaltungs- und Funktionalreform wurde vorgeschlagen (Drs. 5/2952 B).	Die Enquetekommission wurde mit den Stimmen aller Fraktionen im März 2011 eingesetzt.
02.2011	Mit dem Antrag „Bundeswehrstandorte in Brandenburg sichern“ sollte sich das Parlament klar für die Bedeutung der Bundeswehr und den Erhalt der Standorte in Brandenburg aussprechen (Drs. 5/2811).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.
02.2011	Ein umfassendes Konzept zur Sicherungsverwahrung wurde vorgelegt. Die dortigen Feststellungen decken sich mit denen des Bundesverfassungsgerichts und nicht mit den Ankündigungen von Rot-Rot.	Die Landesregierung ist bis heute untätig geblieben.
03.2011	Der Vorschlag zur Einrichtung einer Sportfördergruppe für hochtalentiertere Polizeisportler in Brandenburg (Drs. 5/3368) wurde angesprochen.	Antrag wurde in den Ausschuss überwiesen.

BEREICH: BÜROKRATIEABBAU

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
01.2011	Antrag „Standarderprobungsgesetz fortführen“ (Drs. 5/2660). Es wurde beantragt, das bis dahin befristete Gesetz zu verlängern.	Der Antrag wurde abgelehnt.
05.2011	Antrag „Leistungs- und Effizienzvergleiche im Land Brandenburg bewerten und stärken“ (Drs. 5/3178). Es sollten Leistungs- und Effizienzvergleiche der öffentlichen Verwaltung Brandenburgs sowie eine Bewertung durchgeführt und der Einsatz neuer Instrumente und Vergleichsmöglichkeiten dargestellt werden.	Der Antrag wurde abgelehnt.

UMSETZUNG/FOLGE

Zumindest Innenminister Woidke lenkte ein und veranlasste entsprechende Überprüfungen bei der Polizei. Angemessene Reaktionen aus dem Bereich der Justiz fehlen nach wie vor.



Im Juli 2010 gab es dann aber einen Erlass des Infrastrukturministeriums, in dem wesentliche Forderungen unseres Antrages übernommen worden waren. Das Kernproblem (Ermessensspielräume der Entscheidung) wurde jedoch nicht abschließend gelöst.



Der Personalabbau bleibt jedoch problematisch.



Noch vor dem richtigen Start der Enquetekommission wurden durch die SPD Zielgrößen für Kommunen und Landkreise ausgegeben, was die Arbeit erschweren wird. Die Ergebnisse und Empfehlungen der Kommission bleiben abzuwarten.



Kurz vor Bekanntgabe des neuen Strukturkonzeptes der Bundeswehr interessieren sich Ministerpräsident Platzeck und Innenminister Woidke doch für die Bundeswehrstandorte und statten Besuche ab. Woidke traf sich darüber hinaus mit allen Bundestagsabgeordneten Brandenburgs zu diesem Thema.



Weitere Entwicklungen sind völlig offen.



Der Ausgang ist noch offen.



UMSETZUNG/FOLGE

Die Landesregierung brachte zwei Monate später einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag ein.



Die Landesregierung ist bis heute völlig untätig geblieben.



BEREICH: LÄNDLICHER RAUM

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
08.2011	Antrag „Mobilität von Jugendlichen im ländlichen Raum gewährleisten“ (Drs. 5/3846). Jugendlichen von 15 Jahren sollte der Erwerb des Motoradführerscheins ermöglicht werden.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

BEREICH: UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
12.2009	Antrag auf „Kostenlose Übertragung der BVVG-Gewässer in öffentliches Eigentum des Landes“ wurde eingereicht (Drs. 5/3179, 5/1242, 5/121).	In einem weiteren Antrag im Mai 2010 sollte die Landesregierung aufgefordert werden, Verhandlungen zu diesem Thema mit dem Bund aufzunehmen.
11.2010	Das Positionspapier zum Binnenhochwasser der Oder mit konkreten Lösungsansätzen wurde vorgestellt.	Die Landesregierung hat eine Arbeitsgemeinschaft „Wassermanagement Oderbruch“ und Ende Januar 2011 einen „Oderbruch-Beauftragten“ eingesetzt.
05.2011	Der Antrag zur „Prüfung einer Übernahme land- und forstwirtschaftlicher Flächen von der BVVG zur Stärkung der Brandenburger Agrarstrukturen“ (Drs. 5/3179) wurde vorgestellt.	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt, die Landesregierung sah dafür keine Notwendigkeit.
06.2011	Einreichen des Konzeptpapiers „Starke Landwirtschaft – Starkes Brandenburg“.	Umfangreiche und breite Diskussionen darüber, wie die Landwirtschaft Brandenburgs in der Zukunft ausgerichtet sein soll.
06.2011	Kleine Anfrage 1331 (Drs. 5/3412) zum Thema Ausgleichs- und Entschädigungsmaßnahmen für Tagebaurandgemeinden wurde vorgestellt.	Die Antwort der Landesregierung vom 14.07.2011 ließ die Ankündigung von konkreten Maßnahmen vermissen.
08.2011	Antrag für „Landwirtschaftliche Sozialversicherung – Interessen der Brandenburger Landwirtschaft frühzeitig vertreten“ (Drs. 5/3840) wurde gestellt.	Der Antrag wurde in die Fachausschüsse überwiesen.

BEREICH: VERBRAUCHERSCHUTZ

MONAT	INITIATIVE DER CDU-FRAKTION	REAKTION DER REGIERUNG
01.2010	Einreichen des Antrags auf „Jugendgerechte Verbraucherinformation und -aufklärung im Land Brandenburg“ (Drs. 5/282).	Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt.

ARBEITSKREIS III

UMSETZUNG/FOLGE

Die Thüringische Landesregierung (auch SPD beteiligt) unterstützt den Moped-Führerschein mit 15 Jahren.



UMSETZUNG/FOLGE

Beide Anträge wurden von Rot-Rot abgelehnt. Die Landesregierung macht heute genau das, was die CDU im Antrag gefordert hatte und steht in Verhandlungen mit dem Bund. Der Ausgang ist allerdings noch offen.



Ein konkretes Konzept der Landesregierung lässt jedoch weiter auf sich warten.



Mittlerweile hat die SPD das Thema auf die Tagesordnung des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft gesetzt.



Mittlerweile haben auch die anderen Fraktionen die Wichtigkeit des Themas erkannt und beschäftigen sich mit eigenen Konzepten.



Zwei Wochen nach der Beantwortung der Kleinen Anfrage kündigte Ministerpräsident Platzek bei einem Besuch in Welzow an, dass zur Lösung der Probleme ein Koordinierungsgremium gebildet werde, in dem Vertreter der Landesregierung, der Stadt und des Landkreises beteiligt sind.



Der Ausgang bleibt noch offen.



UMSETZUNG/FOLGE

Die Verbraucherinformation und -aufklärung von Jugendlichen sind jetzt aber Bestandteil des Entwurfs einer Verbraucherstrategie der Landesregierung.



UNSERE MITARBEITER

- **JÖRG VAHL**
Fraktionsgeschäftsführer, Justiziar
Telefon: 0331 966-1420
E-Mail: joerg.vahl@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **MARTIN BURMEISTER**
Büroleiter der Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0331 966-1444
E-Mail: martin.burmeister@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **KATHRIN STÖRZNER**
Pressesprecherin
Telefon: 0331 966-1448
E-Mail: pressesprecher@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **UWE BARTSCH**
Bürgerbeauftragter
Telefon: 0331 966-1423
E-Mail: uwe.bartsch@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **SYBILLE EWERT**
Assistentin des Vorstandes
Telefon: 0331 966-1401
E-Mail: sybille.ewert@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **DUNJA DEUTER**
Assistentin der Geschäftsführung
Telefon: 0331 966-1435 / -1450
Email: dunja.deuter@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **MAIK BETHKE**
Referent für Wirtschaft und Energiepolitik
Telefon: 0331 966-1412
Email: maik.bethke@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **JACQUELINE BORRMANN**
Studentische Mitarbeiterin
Telefon: 0331 966-1433
E-Mail: jacqueline.borrmann@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **FLORIAN GASSER**
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0331 966-1452
E-Mail: florian.gasser@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **DR. DANIEL KRÜGER**
Referent für Landwirtschaft, Umwelt & Verbraucherschutz,
Ländlicher Raum
Telefon: 0331 966-1445
Email: daniel.krueger@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **JENS LEMMER**
Referent für Haushalt und Finanzen
Telefon: 0331 966-1446
Email: jens.lemmer@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **KATRIN PECKER**
Referentin für Bildung, Jugend und Sport/Wissenschaft,
Forschung und Kultur
Telefon: 0331 966-1439
Email: katrin.pecker@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **ANNETTE PETERS**
Referentin für Inneres und Recht
Telefon: 0331 966-1464
Email: annette.peters@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **MARINA SENGPIEHL**
Referentin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Telefon: 0331 966-1437
Email: marina.sengpiehl@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **THOMAS WEBER**
Referent für Grundsatzfragen und Bürokratieabbau
Telefon: 0331 966-1447
Email: thomas.weber@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **STEFAN ZIEGLER**
Referent für Verkehr, Infrastruktur und Raumordnung, Europa
Telefon: 0331 966-1449
Email: stefan.ziegler@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **KARIN RENTSCH**
Mitarbeiterin der Öffentlichkeitsarbeit
Email: karin.rentsch@cdu-fraktion.brandenburg.de
- **SYLVANA LILJE**
Fahrdienst

BEI DER FRAKTION ERHÄLTlich



Flyer zum Thema Lernen mit Behinderung: „Vielfalt für alle – Wann inklusive Bildung sinnvoll ist“



Flyer zum Thema der Kürzung bei Freien Schulen: „Alle Kinder dürfen lernen, außer Kai, der hat frei!“



Flyer zur Änderung der Kommunalverfassung: „Nimm die Hand aus meiner Tasche“



Flyer zur Sicherungsverwahrung in Brandenburg: „Sicherungsverwahrung im Land Brandenburg“



Konzeptpapier als Broschüre: „Sicher leben in Brandenburg – Wie wir die Polizeireform im Land Brandenburg erfolgreich gestalten können“



Konzeptpapier als Broschüre: „Brandenburg – Arbeitsplatz der Zukunft“



Konzeptpapier als Broschüre: „Starke Landwirtschaft – Starkes Brandenburg“



Maßnahmepaket: „Bildungsqualität für Brandenburg“

Die Publikationen können bei dem Bürgerbeauftragten der CDU-Fraktion, Uwe Bartsch, angefordert werden.

Kontaktdaten: Telefon: 0331 966-1423

E-Mail: uwe.bartsch@cdu-fraktion.brandenburg.de

Stand: Oktober 2011



CDU-FRAKTION

IM LANDTAG BRANDENBURG

Am Havelblick 8

14473 Potsdam

Telefon (0331) 966 1450

Telefax (0331) 966 1407

E-Mail pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de

www.cdu-fraktion-brandenburg.de